

# Planungsbeispiel zum Lehrplan Sekundarschule

**Die Schließung des Bismarckbades**  
Kompetenzschwerpunkt  
„Aktuelle Politik im Nahraum untersuchen“  
**Schuljahrgang 8**



**SACHSEN-ANHALT**

Landesinstitut  
für Schulqualität und Lehrerbildung

# Sozialkunde

An der Erarbeitung des Planungsbeispiels haben mitgewirkt:

Dr. Both, Siegfried	Halle (Leitung der Implementationsgruppe)
Bütow, Ute	Salzwedel
Herrmann, Heike	Dähre
Prof. Dr. Petrik, Andreas	Halle (fachwissenschaftliche Betreuung)
Rohland, Norbert	Reuden

Das Planungsbeispiel ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Die Nutzung zu privaten Zwecken und für nicht kommerzielle schulische Unterrichtszwecke ist zulässig.

Jegliche darüber hinaus gehende Nutzung ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des LISA Halle (Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt) zulässig.

---

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Vorbemerkungen</b> .....	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Planungsgitter</b> .....	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Kompetenzentwicklung in Unterrichtsabschnitten</b> .....	<b>7</b>
<b>4</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>11</b>
	Material 1: Der Fall „Schließung des Bismarckbades“ .....	11
	Material 2: Der Politikzyklus als Werkzeug zur Fallanalyse .....	12
	Material 3: Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Bürgerbegehren .....	13
	Material 4: Stellungnahme der Bezirksversammlung Altona zum Bürgerbegehren..	14
	Material 5: Stellungnahme der Bürgerinitiative nach dem Bürgerentscheid .....	15
	Material 6: Stellungnahmen der SPD-Fraktion (Opposition) .....	16
	Material 7: Bericht der „Hamburger Morgenpost“ .....	17
	Material 8: Entscheidungsebenen .....	18
	Material 9: Bürgerentscheide .....	19

**Das Planungsbeispiel entstand auf der Grundlage von:**

Andreas Petrik: Schwimmbad oder Einkaufszentrum. Schüler simulieren einen lokalpolitischen Entscheidungsprozess. In: Praxis Politik, Heft 4/2006, Braunschweig: Westermann, S. 14-19

## 1 Vorbemerkungen

Die Analyse und Simulation zentraler Stationen eines politischen Falles ermöglichen es, exemplarisch in parlamentarische Konfliktlösungsprozesse einzutauchen. Die Schülerinnen und Schüler lernen, demokratische Institutionen als – sinnvollen oder verbesserungswürdigen – Handlungsrahmen zur Interessen-Koordination zu begreifen. Der lokalpolitische Fall „Schließung des Bismarckbades in Hamburg-Altona“ verdeutlicht das institutionelle Zusammenspiel zwischen Bezirkparlament (Landkreis), Bürgerschaft (Landesparlament) und Bürgern (Bürgerinitiative, Bürgerentscheid) sowie die Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Interessen, den sich dabei ergebenden Konflikt und das politisch herbeigeführte Ergebnis.

Die Kompetenzentwicklung vollzieht sich in drei Linien:

- Analysekompetenz: Nach einer Begriffsklärung werden die Analysekatoren eingeführt und deren Verständnis in der Fallanalyse durch Anwendung allmählich vertieft. Grundlage für diesen Prozess ist die Verflechtung der Analysekatoren mit den drei Dimensionen des Politischen (policy, politics, polity).
- Urteilskompetenz: Beginnend mit einer spontanen Meinungsäußerung zum Fall wird die Urteilskompetenz allmählich entwickelt, indem durch eine Perspektivenübernahme und die damit verbundene Einsicht in Gegenpositionen die eigene Position fundierter begründet werden kann.
- Handlungskompetenz: Durch das Erkennen und Erproben von Beteiligungsformen werden Partizipationsmöglichkeiten bewusster wahrgenommen.

Unverzichtbar für die Kompetenzentwicklung ist die abschließende Reflexion und Generalisierung, in der sowohl die inhaltlichen Erkenntniszuwächse als auch die eigenen Lernwege gemeinsam reflektiert werden.

Dieser lokalpolitische Fall ist überregional einsetzbar. Die Anschaulichkeit exemplarischer Interessen- und Machtgefüge motiviert erfahrungsgemäß auch ohne direkte Betroffenheit. So wurde die vorliegende Unterrichtseinheit mit gutem Erfolg in einer 9. Klasse erprobt, die keinerlei persönlichen Bezug zum Bismarckbad hatte. Je nach verfügbarer Zeit lässt sich der Fall entweder mit Lehrerhilfe analysieren (Variante 1) oder von vornherein als Simulation angelegen (Variante 2). Die Einheit kann mit einem Transfer zu lokalpolitischen Konflikten der eigenen Gemeinde abgeschlossen werden.

Deutlich wird, dass und wie die Makromethode „Fallanalyse“ den Kompetenzschwerpunkt strukturiert. Die Phasen der Methode sind mit den Phasen des Unterrichts identisch. Das hat den Vorteil, dass Wissen nicht auf Vorrat erarbeitet wird, sondern erst dann, wenn es für die Bearbeitung des Falls notwendig ist.

## 2 Planungsgitter

Phase	Analysekompetenz	Urteilskompetenz	Handlungskompetenz	Hinweise
1. Konfrontation und Stellungnahme	Analysekategorien klären und Verwendung vorbereiten Politikzyklus als Analyseinstrument kennen lernen	spontane Meinung zum Fall artikulieren		spontane Urteilsbildung
2. Kategoriale Analyse	policy-Dimension (Inhalte) vertiefend erschließen (Interessen, Ursachen, Folgen, Programme); politics-Dimension (Prozess) untersuchen (Veränderung der Position der GAL durch Koalitionsbindung)	eigene Vorstellungen über Parteipolitik formulieren → Bestätigung oder Wandlung bisheriger Vorstellungen über parteipolitische Profile		Einführung polity- und politics-Dimension des Politischen
Stellungnahme (in 1. Phase erfolgt)*				
3. Kontroversverfahren (Konferenzsimulation und Podiumsdiskussion)	polity-Dimension (Inhalt) kennen lernen (Verfahren beim Bürgerentscheid)	Position vertieft beurteilen  Urteil vertiefend prüfen und ggf. wandeln	simulativ eingenommene Position erklären, auf Gegenpositionen eingehen  simulativ eingenommene Position erklären, auf Gegenpositionen eingehen	Vertiefung polity-Dimension  vertiefte Urteilsbildung
4. Selbstreflexion und Stellungnahme, Generalisierung	Bedeutung der Analyse Kriterien, des Politikzyklus und der drei Dimensionen des Politischen für die Fallanalyse untersuchen	eigene Position abschließend entwickeln	eigene Handlungskompetenzen reflektieren	Anwendung in Kompetenz-Check-Aufgabe: Berücksichtigung der polity-, politics und policy-Dimension beim Erklären des Konfliktes in einem Leserbrief abschließende Urteilsbildung

\* Die in einer Fallanalyse übliche 3. Phase „Stellungnahme“ ist bereits in der 1. Phase erfolgt.

### 3 Kompetenzentwicklung in Unterrichtsabschnitten

#### Phase 1: Konfrontation und Stellungnahme

grundlegende Wissensbestände und ihre Erarbeitung	Medien und Materialien
<p><b>Kennenlernen des Konfliktes</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Lesen des Materials</li> <li>– spontane Bewertung</li> <li>– Verständnisfragen</li> <li>– Was ist auffällig, irritierend, kritikwürdig, unklar?</li> </ul> <p><b>Einstieg</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wie analysiert man einen politischen Konflikt?</li> <li>– Die Bedeutung der kategorialen Fragestellungen für die Bearbeitung</li> </ul> <p><b>Fallskizzen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Erstellt eine Fallskizze</li> <li>– Arbeitet dazu die einzelnen Schritte einer Fallanalyse ab, wie sie im Politikzyklus zu erkennen sind.</li> </ul> <p><b>Zusammenfassung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Erläutert am Fall, wieso man von Politik als einem „zyklischen“ (kreislaufartigen) Prozess spricht.</li> </ul>	<p>Material 1: Der Fall „Schließung des Bismarckbades in Hamburg“</p> <p>Material 2: Politikzyklus</p> <p>z. B. Poster</p>

**Phase 2:** Kategoriale Analyse

<b>grundlegende Wissensbestände und ihre Erarbeitung</b>	<b>Medien und Materialien</b>
<p><b>Rollenerarbeitung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bereitet arbeitsteilig Statements aller am Konflikt beteiligten Parteien und Interessengruppen vor.</li> <li>– Orientiert euch dabei am Unterpunkt „Lösungskonzepte“ des Politikzyklus</li> <li>– Beschäftigt euch auch mit den Argumenten gegen eure Position.</li> </ul> <p><b>Bildung von sechs Arbeitsgruppen</b></p> <p>Drei parteipolitisch orientierte AG werden proportional zu den realen Stimmenverhältnissen zusammengestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– CDU (Bezirksregierung und Senat)</li> <li>– Grüne (Bezirksregierung)</li> <li>– SPD (Opposition)</li> </ul> <p>Die Parteien und Interessengruppen dürfen untereinander Informationen austauschen und sich absprechen.</p> <p>Drei Arbeitsgruppen mit weiteren Experten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bürgerinitiative</li> <li>– Demokratie-Experten (zuständig für den demokratischen Handlungsrahmen)</li> <li>– Journalisten (betreiben weitere Recherchen, z. B. Internet; führen Interviews mit Beteiligten)</li> </ul>	<p>Material 3: Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Bürgerbegehren</p> <p>Material 4: Stellungnahme der Bezirksversammlung Altona zum Bürgerbegehren</p> <p>Material 5: Stellungnahme der Bürgerinitiative nach dem Bürgerentscheid</p> <p>Material 6: Stellungnahme der SPD-Fraktion (11.1.2006)</p> <p>Material 7: Bericht der „Hamburger Morgenpost“ (21.12.2005)</p>

**Phase 3:** Kontroversverfahren (Konferenzsimulation und Podiumsdiskussion)

<b>grundlegende Wissensbestände und ihre Erarbeitung</b>	<b>Medien und Materialien</b>
<p><b>Durchführung Bezirksversammlung zum Antrag der SPD (Erhalt des Bismarckbades)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Demokratie-Experten führen in den Ablauf ein.</li> <li>– Die Sitzordnung wird festgelegt, ein Präsident und sein Vertreter gewählt.</li> <li>– Jede Interessengruppe hält ein 1- bis 2-minütiges Statement am Rednerpult, gefolgt von offener Aussprache.</li> <li>– Abstimmung</li> </ul> <p><b>offene Auswertung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Rollenechtheit</li> <li>– Annäherung an reale Interessenlage</li> </ul>	<p>Material 8: Entscheidungsebenen in der Hamburger Bürgerschaft</p>
<p><b>Durchführung einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kann der erfolgreiche Bürgerentscheid umgesetzt werden?“</b> (Einladung durch Bürgerinitiative)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– ein Vertreter jeder Gruppe im Podium</li> <li>– Moderator, Publikum sowie Lehrkraft überlegen sich kritische Fragen</li> <li>– Die Auswertung erfolgt wie unter 3.</li> </ul> <p><b>offene Auswertung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Rollenechtheit</li> <li>– Annäherung an reale Interessenlage</li> </ul>	<p>Diese (fiktive) Veranstaltung dient der abschließenden Bewertung des Falles aus Sicht aller Interessengruppen.</p>

**Phase 4:** Stellungnahme, Selbstreflexion und Generalisierung

<b>grundlegende Wissensbestände und ihre Erarbeitung</b>	<b>Medien und Materialien</b>
<p><b>Test</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Analyse: Versuche, alle Analysefragen des Politikzyklus Material 2 zu beantworten.</li><li>– Bewertung: Schreibe einen fiktiven Leserbrief, in dem du deine persönliche Meinung zum Fall darlegst.</li><li>– Selbstreflexion: Was hast du durch diesen Fall über Politik gelernt?</li><li>– Welche Zusammenhänge waren dir vertraut, was war dir neu?</li><li>– Überlege, gegen welche Missstände du dich mit welchen Mitteln einsetzen würdest.</li></ul>	

## 4 Anhang

### Material 1: Der Fall „Schließung des Bismarckbades“

#### Dezember 2004

Der Senat (Landesregierung von Hamburg) beschließt Sparmaßnahmen und empfiehlt, das 1911 erbaute Bismarckbad in Hamburg-Altona zu schließen, das jährlich 1,2 Mill. € mehr kostet, als es einnimmt.

#### Januar 2005

Die Bürgerinitiative „Unser Bismarckbad bleibt!“ gründet sich und sammelt in wenigen Wochen 15 000 Unterschriften.

#### Februar 2005

Die Bürgerinitiative überreicht der Bezirksversammlung von Hamburg-Altona (Stadtteilparlament) die Unterschriften. Die SPD (Opposition) legt einen Beschluss zum Erhalt des Bades vor. CDU und Grüne Alternative Liste (Regierung) lehnen diesen Antrag ab. Es wird ein Bürgerentscheid eingeleitet (Kosten: 180 000 €).

#### März 2005

Beginn eines Bürgerbegehrens für den Erhalt des Bismarckbades mit einer Demonstration von 500 Teilnehmern.

#### September 2005

SPD und GAL beantragen, die vertraulichen Zahlen über die Wirtschaftlichkeit des Bades öffentlich zu machen. Die CDU des Senates lehnt ab.

#### 1. Dezember 2005

Ende des Bürgerentscheids. 78,7 % der beteiligten Bürgerinnen und Bürger stimmen für den Erhalt des Bades, 70,3 % gegen den Vorschlag der Bezirksversammlung für einen Neubau an anderer Stelle.

#### 17. Dezember 2005

Die SPD demonstriert für die Erhaltung des Bades.

#### 22. Dezember 2005

Das Bad wird vom Hamburger Senat an eine Immobilienfirma verkauft, der schon die angrenzenden Kaufhäuser gehören.

#### 23. Dezember 2005

Das Bismarckbad wird geschlossen und später abgerissen.

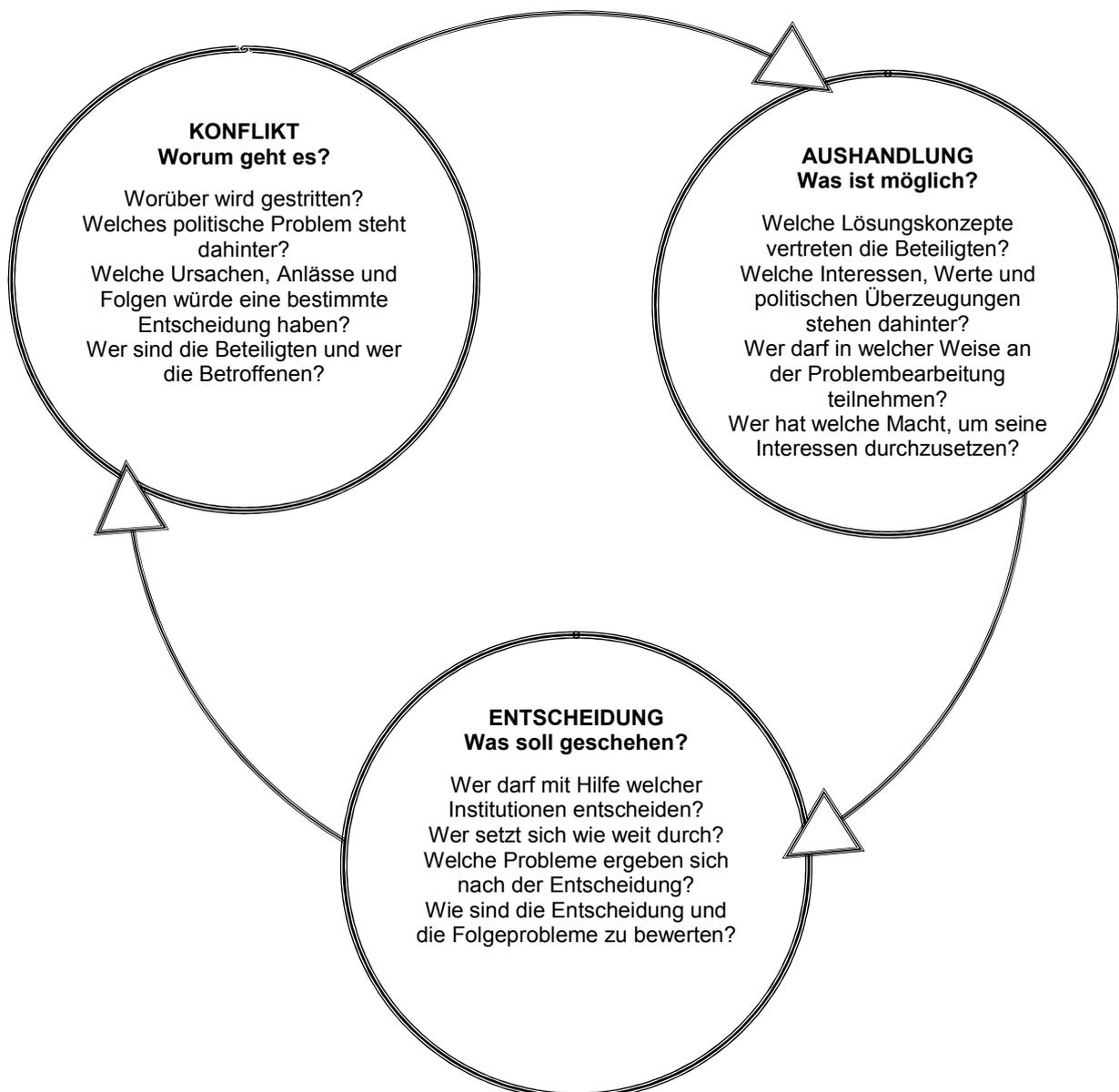
#### 27. Februar 2009

Ein Bäderland mit mehreren Schwimmbecken und einer Sauna eröffnet in Altona.

Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 15

**Material 2: Der Politikzyklus als Werkzeug zur Fallanalyse**

Ein politischer Fall ist ein zeitlich eingrenzbarer Konflikt, bei dem politische Institutionen die Entscheidungen treffen. Am Anfang steht immer ein Problem, am Ende eine Entscheidung. Die von der Institution getroffene Entscheidung hinterlässt Bürgerinnen und Bürger, die damit zufrieden sind und solche, die es nicht sind. Deshalb entstehen nach dem Ende des Falles neue Probleme, die wieder eine Entscheidung verlangen, was zu einem zyklischen Prozess der Bearbeitung politischer Probleme führt.



Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 16

**Material 3: Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Bürgerbegehren****Das Bad gehört seit 94 Jahren der Bevölkerung und darf nicht zum Spekulationsobjekt werden!****Liebe Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Altona,**

mit dem erfolgreich abgeschlossenen Bürgerbegehren haben Tausende Altonaerinnen und Altonaer  
5 zum Ausdruck gebracht, dass sie für den Erhalt des Bismarckbades an seinem jetzigen Standort sind.  
Da die Bezirksversammlung die Forderungen des Bürgerbegehrens nicht übernommen hat, findet nun  
die erforderliche Abstimmung für einen Bürgerentscheid statt.

**Das Bad am Standort erhalten!**

10 Das zentral und verkehrsgünstig gelegene Bismarckbad hat seit 94 Jahren eine herausragende  
Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger Altonas und darüber hinaus. Das vielfältige Angebot  
spricht alle Bevölkerungsschichten an und ermöglicht besonders den Kindern und Jugendlichen eine  
sinnvolle Freizeitgestaltung, während gleichzeitig Kunden für die umliegenden Geschäfte angezogen  
werden. Es ist eine öffentliche Aufgabe, Steuergelder in die Förderung von Sport, Gesundheit und  
15 Bildung zu investieren.

**Wann legt Bäderland endlich die Zahlen fürs Bismarckbad offen?**

Die Bäderland GmbH verweigert die Vorlage und Veröffentlichung von Zahlen und Gutachten zum  
baulichen Zustand, zur Modernisierung und zur wirtschaftlichen Situation des Bades. Die  
20 Bürgerinitiative und die Öffentlichkeit werden so um die Möglichkeit gebracht, sich eine eigene  
Meinung zu bilden. Bäderland hat seit vielen Jahren kein Geld mehr in die Instandhaltung des  
Bismarckbades gesteckt. Gleichzeitig wurden in den letzten 5 Jahren die genauso alten bzw. noch  
älteren Bäder in Eimsbüttel und Eppendorf von Grund auf saniert und restauriert.

**25 Ungewisse Neuplanung!**

Bäderland beabsichtigt, ohne Planungssicherheit und abgesichertes Finanzierungskonzept von ca. 14  
Millionen an einem verkehrsunünstigen Standort ein neues Bad zu bauen. Dafür sollen das  
Bismarckbad und wahrscheinlich das St. Pauli-Bad geopfert werden. Nach Angaben von Bäderland  
soll dieses Bad nicht vor 2008 eröffnet werden. Das Bismarckbad soll zum 31.12.2005 geschlossen  
30 werden. Wo sollen die jetzigen Nutzer und Nutzerinnen in diesen 3 Jahren schwimmen und saunen?

**Sagen Sie Ja zur Vorlage des Bürgerbegehrens!****Sagen Sie Nein zur Vorlage der Bezirksversammlung!**

Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 17

## Material 4: Stellungnahme der Bezirksversammlung Altona zum Bürgerbegehren

*Die Stellungnahme wurde von den Regierungsparteien CDU und GAL (Bündnis 90/Die Grünen) eingebracht.*

Liebe Altonaer Bürgerinnen und Bürger,  
gibt es in Altona ...

- ein neues, hoch attraktives Schwimm- und Freizeitbad?
- zusätzlich eine neue Schule?
- 5 • eine neue 3-Feld-Sporthalle?
- sowie 120 zusätzliche neue, familienfreundliche Wohnungen.

Oder möchten Sie stattdessen das Bismarckbad erhalten? Sie haben es in der Hand!

- 10 Moderner, größer und schöner: Ein neues Schwimm- und Freizeitbad ...
- ist wirtschaftlicher, denn das Bismarckbad rechnet sich selbst nach einer notwendigen zweijährigen Sanierung und damit verbundener Schließung weniger als das neue Bad,
  - ist nachhaltig umweltfreundlicher (energiesparender, effizienter),
  - ist für Kleinkinder, Kindergärten, Schulklassen, Sportvereine, Menschen mit
  - 15 Behinderungen, Senioren, Familien attraktiver,
  - verfügt über ein großzügiges ganzjährig nutzbares Außenschwimmbecken mit Liegewiese,
  - bedeutet mehr Freizeit- und Spaßangebote,
  - verfügt über einen modernen Saunabereich.

20

### **Sichere Finanzierung nur bei Schließung des Bismarckbades**

- gewährleistet durch die Veräußerung des Grundstücks des bisherigen Bismarckbades,
- und aufgrund der deutlich geringeren Betriebskosten.

### **25 Außerdem: Neue Schule mit großer Sporthalle**

Auf dem Gelände der Bruno-Tesch-Schule könnte eine neue Schule mit einer neuen 3-Feld-Sporthalle entstehen; also ein funktionales und räumliches Ganztagsangebot, das durch einen Umbau der alten Schule nie zu erreichen gewesen wäre.

### **30 Außerdem: zusätzlich 120 Wohnungen**

An dem jetzigen Standort der Schule Chemnitzstraße entstehen zusätzlich zu den bereits geplanten 100 Wohnungen weitere 120 Wohnungen auf dem Gelände der derzeitigen, stark sanierungsbedürftigen Bezirkssporthalle.

### **35 Deshalb: Nein zum Bürgerbegehren!**

*Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 17*

---

**Material 5: Stellungnahme der Bürgerinitiative nach dem Bürgerentscheid****Kasperletheater um den Bürgerwillen**

Inzwischen verkündet das [angrenzende Kaufhaus] Mercado, dass es das Bismarckbad sobald wie möglich abreißen lassen und durch eine weitere Shopping-Immobilie ersetzen will. Das MERCADO gehört der DGAG – Deutsche Grundvermögen AG. Die vormaligen Eigentümer Albert H. K. Büll und Cornelius Liedtke haben 2003 – als B&B AG – zusammen mit der HSH Nordbank AG diese neue Gesellschaft gegründet. Größter Anteilseigner der HSH Nordbank ist die Hansestadt Hamburg, kleinere Anteile halten das Land Schleswig-Holstein und die Westdeutsche Landesbank. Den Aufsichtsrat der B&L AG führt Ludger Staby, Vorsitzender des Hamburger CDU-Wirtschaftsrates. Den Vorsitz der HSH Nordbank führt der Schleswig-Holsteinische Finanzminister Rainer Wiegard (CDU); die Eigentümer der Bank werden u. a. vom Schleswig-Holsteinischen Innenminister Ralf Stegner (SPD), dem Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) und dem Hamburger Wirtschaftssenator Gunnar Uldall (CDU) vertreten.

*Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 18*

## Material 6: Stellungnahmen der SPD-Fraktion (Opposition)

### Presseinfo der Fraktion

Stefan Krappa, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD Altona: „Wir werden gemeinsam mit den Bürgern und Vereinen in Altona für den Erhalt des Bismarckbades kämpfen. Niemand braucht hier eine Wellness-Oase oder ein Luxusbad mit Fitnesscenter bei astronomischen Eintrittspreisen. Wir werden nicht kampflös hinnehmen, dass der CDU-Senat seine Kahlschlagspolitik in Altona fortsetzt. (...)“

Krappa forderte auch die schwarz-grüne Koalition in Altona auf, die Schließung zu verhindern. »Für die Grünen wird das Ganze zu einem Desaster, das sie ihren Altonaer Wählern erklären müssen, denn sie hängen auf Gedeih und Verderb an der CDU.«

10

Quelle: Presseinfo vom 16.12.2005 (gekürzt)

### Senat zwingt Bezirksamt. Bürgerwille soll übergangen werden

Der Senat plant, in der nächsten Woche das Bezirksamt Altona anzuweisen, den durch Bürgerentscheid geforderten Bebauungsplan zur Absicherung des Bismarckbades fallen zu lassen. Dazu Thomas Adrian, SPD-Fraktionschef aus Altona: „Was der Senat jetzt vorhat, ist legal, aber nicht legitim. Mit den Mitteln des Rechtsstaates zerstört der CDU-Senat das Ergebnis demokratischer Prozesse. Brachial wird der Bürgerwille gebrochen. Das ist an Kaltschnäuzigkeit nicht mehr zu überbieten. Es darf auch nicht sein, dass es bei der Planung des neuen Bades überhaupt keine Bürgerbeteiligung mehr gibt.“

20

„Wir werden genau beobachten, ob die Vertreter von CDU und GAL sich im Bauausschuss über das eindeutige Bürgervotum hinwegsetzen.“ Er wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft am 18. Januar einen Antrag gestellt habe, der den Senat auffordere, den Bürgerentscheid durchzusetzen.

25

Quelle: Presseinfo vom 11.01.2006 (gekürzt)

## Material 7: Bericht der „Hamburger Morgenpost“

### Grüne unter Druck

Das Bismarckbad am Altonaer Bahnhof ist dicht. Einem Bürgerentscheid zum Trotz, der nie die Chance hatte, umgesetzt zu werden. Das schmerzt die grüne Seele in Altona, selbst die der Pragmatiker. Denn Basisdemokratie haben sich die Alternativen seit jeher auf die Fahnen geschrieben. „Viele unserer Anhänger können unseren Kurs nicht nachvollziehen“, sagt Lars Andersen, GAL-Fraktionsgeschäftsführer in Altona. „Dass der Bürgerentscheid nichts bewegen wird, ist ein trauriges Ergebnis.“

5 Anfang Dezember waren 179 788 stimmberechtigte Altonaer aufgerufen über die Zukunft des Bismarckbades abzustimmen. 44 644 haben sich beteiligt. 78,7 Prozent stimmten für den Erhalt. Das Votum kommt einem Beschluss der Bezirksversammlung gleich, ist aber nicht bindend für den Senat. „Ja, man wird auf der Straße angesprochen. Viele unserer Anhänger waren überrascht, dass wir an den Protesten gegen die Schließung nicht beteiligt waren“, so Andersen.

15 Auch Gesche Boehlich kennt diese Vorwürfe. „Aber wir haben uns für den Erhalt ausgesprochen“, sagt die Fraktionschefin der GAL in der Bezirksversammlung Altona. „Dem hat der Senat jedoch vor gut einem Jahr eine Absage erteilt. Und seitdem haben wir dafür gekämpft, dass ein neues Schwimmbad entsteht.“

20 Nach gut eineinhalb Jahren der ersten schwarz-grünen Koalition in Hamburg herrscht nach Außen große Einigkeit zwischen den einstigen Klassenfeinden. Auch wenn es laut Andersen „kulturelle Probleme mit der CDU gibt“ und er selbst noch kein volles Vertrauen zu dem Zweckbündnis habe: „Damit stehe ich nicht alleine“. Die Grünen müssten zusehen, dass sie ihre Klientel durch konkrete Taten überzeuge. „Sonst kriegen wir bei der nächsten Wahl eine aufs Dach.“ Das schwarz-grüne Bündnis in Altona steht und fällt mit dem neuen Schwimmbad. Andersen: „Wir haben zwar feste Zusagen. Aber wer weiß, was in zwei Jahren ist.“ Kommt das Bad nicht, da ist er sich mit Fraktionschefin Boehlich einig, „dann ist die Koalition am Ende.“

*Quelle Hamburger Morgenpost v. 21.12.2005 (gekürzt)*

**Material 8: Entscheidungsebenen**

Jedes Bundesland ist in Bezirks- und Regionalparlamente unterteilt. Der Hamburger Senat (Landesregierung) führt die Aufsicht über die Bezirksversammlungen (Stadtteilparlamente). Auch wenn ein Bezirk zuständig ist, kann der Senat Weisungen erteilen und Angelegenheiten selbst erledigen. In anderen Bundesländern ist dies nicht möglich.

Die Hamburger Bezirksversammlung besteht aus 41 Mitgliedern. Sie wählt je ein Mitglied für Vorsitz und Stellvertretung. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung auf und leitet die Sitzungen. Abgestimmt wird mit einfacher Mehrheit. Die Sitzungen sind öffentlich, Bürger können beantragen, die Mitglieder zu befragen (Anhörung).

Quelle: Autorentext nach Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt (HmbGVBl)

**Sitzverteilung:**

CDU	63 Sitze (43,2 %)
SPD	41 Sitze (27,6 %)
GAL (Grüne)	17 Sitze (21,2 %)

Quelle: *Praxis Politik 4/2006, S. 19*

## Material 9: Bürgerentscheide

Per Bürgerentscheid können Bürgerinnen und Bürger in Stadt-Bezirken und Regionen eigene Gesetzesvorlagen durchsetzen. Seit 2005 existiert diese Möglichkeit in allen 16 Bundesländern. Ähnlich wie landesweite Volksentscheide weisen Bürgerentscheide Verfahrens-Unterschiede auf, die ihr Zustandekommen erleichtern oder erschweren. Bundesweite Volksentscheide sind bisher unzulässig. Sie werden seitens der »Initiative Mehr Demokratie« gefordert, jedoch von der CDU und Teilen der SPD abgelehnt.

Prinzipiell können die Bürger eines Kreises oder Stadtbezirks für all jene Angelegenheiten einen Bürgerentscheid beantragen, in denen Regional- oder Bezirksparlamente beschlussfähig sind. Diesen Antrag auf einen Bürgerentscheid nennt man ein Bürgerbegehren. Es muss eine mit Ja oder Nein zu entscheidende Frage enthalten.

Ein solches Bürgerbegehren kommt zustande, wenn es innerhalb einer festgelegten Frist (zwischen wenigen Wochen und über 6 Monaten; in Hamburg 3 Monate) von einem gewissen Prozentsatz der in Bezirk oder Kreis Wahlberechtigten unterstützt wird (Unterschriftenhürde, Zulassungsquorum, siehe Tabelle).

Dieser Prozentsatz schwankt von Bundesland zu Bundesland enorm und hängt zudem von der jeweiligen Einwohnerzahl ab (*siehe Tabelle*). Bereits nach der Abgabe eines Teils der Unterschriften darf zunächst keine dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung mehr getroffen werden.

Nach einer Frist von mehreren Monaten nach der Zulässigkeitsentscheidung (in Hamburg 4 Monate) wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, sofern das zuständige Parlament dem Bürgerbegehren nicht in einer Form zustimmt, die die Vertrauensleute der Bürgerinitiative billigen.

Jede im Bezirk oder Kreis wahlberechtigte Person kann abstimmen, es entscheidet die Mehrheit der gültigen Stimmen. In Hamburg ist – anders als in den anderen Bundesländern – keine Mindestzahl an Ja-Stimmen erforderlich (Zustimmungsquorum). Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses der Bezirksversammlung.

Bundesland	Bürgerbegehren Unterschriftenhürde	Bürgerentscheid Zustimmungsquorum
Baden-Württemberg	5 - 10 %	25 %
Bayern	3 – 10 %	10 – 20 %
Berlin (Bezirke)	3 %	15 %
Brandenburg	10 %	25 %
Bremen (Stadt)	10 %	25 %
Hamburg (Bezirke)	2 – 3 %	Nein
Hessen	10 %	25 %
Mecklenburg-Vorpommern	2,5 – 10 %	25 %
Niedersachsen	10 %	25 %
Nordrhein-Westfalen	3 – 10 %	20 %
Rheinland-Pfalz	6 – 15 %	30 %
Saarland	5 – 15 %	30 %
Sachsen	(5-) 15 %	25 %
Sachsen-Anhalt	6 – 15 %	30 %
Schleswig-Holstein	10 %	20 %
Thüringen	13 – 17 %	20 – 25 %

Quelle: Praxis Politik 4/2006, S. 19